

# Reformer ohne Plan

Den Kanzler lenkt der Krieg ab. Derweil versuchen seine reformfreudigen Minister auf eigene Faust das Vakuum zu füllen. Aber Wirtschaftsminister Müller und Arbeitsminister Riester steuern in unterschiedliche Richtungen.

Wenn der deutsche Wirtschaftsminister eine Rede halten muß, sucht er Rat bei einem Vorgänger – bei Ludwig Erhard. Daheim im Einfamilienhaus in Mülheim greift Werner Müller, 52, dann ins Regal und zieht eines der vielen Bücher über das Wirtschaftswunder hervor.

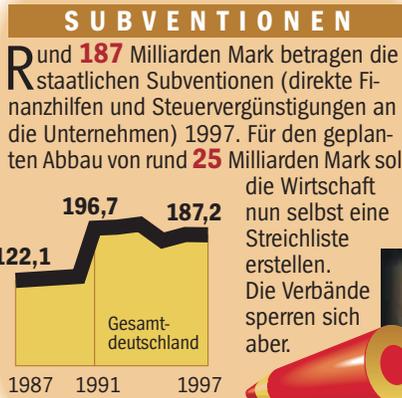
Vor 50 Jahren, so stellte Müller fest, als er sich für einen Auftritt am vergangenen Dienstag in Frankfurt präparierte, hatte sich Erhard wieder einmal mit einem flammenden Appell an die Öffentlichkeit gewandt. „Das kann ich hier aber nicht bringen“, gestand Müller den knapp 300 Gästen, darunter Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer: „Sie würden das vielleicht mißverstehen.“ Denn Erhard dozierte 1949 über ein Thema, das auch in diesen Tagen eigentlich Regierungsprogramm sein müßte: „Das Ende der Improvisationen“.

Doch davon kann in Bonn keine Rede sein. Seit Monaten ergehen sich die rot-grünen Koalitionäre schon in den Irrungen und Wirrungen der Wirtschaftspolitik, reiben sich Modernisierer und Traditionalisten – ein Ende ist nicht in Sicht.

Ziellos wie am ersten Tag sucht Schröders rot-grüne Truppe auch drei Wochen nach dem Abgang Oskar Lafontaines ihre Linie: Sollen alle Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat auf den Prüfstand, wie es der Wirtschaftsminister fordert? Oder dürfen neue Sozialausgaben hinzukommen, wie der Arbeitsminister verspricht? Muß angesichts leerer Kassen jetzt eisenhart gekürzt werden – oder mogelt sich die Koalition, ganz im Sinne der Pragmatiker, mit einer Mehrwertsteuererhöhung durch?

Für die Vorgabe der ökonomischen Marschrichtung fehlt dem Kanzler derzeit die Zeit. Gerhard Schröder muß mit Rußlands Premier verhandeln oder sich mit Rudolf Scharping abstimmen oder eine Fernsehansprache an die vom Nato-Angriff verschreckte Nation halten. Das wichtigste innenpolitische Ziel der Regierung, der Abbau der Arbeitslosigkeit, muß warten – und zwar nicht nur auf den Kanzler.

Denn solange der designierte Finanzminister Hans Eichel, der neue Herr der knappen Kassen, sein Amt nicht angetreten hat, herrscht in Bonn ein Vakuum. Der Mann, der Lafontaines Rolle als wichtigster Minister im Kabinett übernehmen soll, studiert lieber Akten und bereitet sich still



erregte er Aufsehen mit seiner Überlegung, ob Arbeitslosengeld künftig stärker nach Bedürftigkeit ausgezahlt werden soll. Wer es sich leisten könne, müsse verstärkt selbst vorsorgen, so Müller.

Damit brach der Ex-Manager zwar in die Zuständigkeit von Ex-Gewerkschafter Walter Riester ein, doch der Arbeitsminister beklagte sich nicht. Statt dessen wärm-

und bescheiden auf sein neues Amt vor. Auch die Unternehmen, von der Regierung wiederholt zum Mit-tun aufgefordert, verweigern sich in gewohnter Manier: Die orientierungslose Regierung überlassen sie lieber sich selbst.

Klar ist bei den rot-grünen Regenten deshalb nur eines: daß vieles unklar bleibt. So versuchen nun die Minister auf eigene Faust, das schlingernde Regierungsschiff auf Kurs zu bringen.

Gleich mit zwei Vorschlägen preschte Werner Müller, noch bis zum 12. April Superminister für Wirtschaft und Finanzen, vor. Erst forderte er einen großangelegten Subventionsabbau: „Nichts darf tabu sein!“ (SPIEGEL 13/1999). Dann

## ARBEITSLOSENGELD

In einem Interview regte Müller an, nicht nur Subventionen stärker nach Bedürftigkeit zu gewähren, sondern auch Sozialleistungen, vor allem das Arbeitslosengeld. Jeder Arbeitnehmer und jeder Unternehmer sei „in erster Linie für sich selbst verantwortlich“. Damit wäre das Versicherungsprinzip ausgehebelt.



Wirtschaftsminister Werner Müller

te der eine kostspielige Idee auf, die schon vor Monaten auf große Skepsis stieß: Riester plädierte für eine Grundsicherung in der Rentenversicherung.

Bisher gingen all diese Vorstöße im Bonner Getümmel unter. Bevor eine ernsthafte Debatte über das Thema Subventionsabbau zustande kommt, muß sich der parteilose Müller erst mal mit den Nickeligkeiten der Verbandsfürsten herumschlagen. Zwar hatte der Wirtschaftsminister deren „konstruktive“ Mitarbeit angemahnt, um 25

Milliarden Mark einzusparen. Doch die Chefs der vier großen Wirtschaftsverbände verlegten sich auf Destruktion.

Gewiß sei, so bekannte Hans-Olaf Henkel, der schrille Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), der Subventionsabbau ein ehrenwertes Ziel. Doch müsse die Streichliste von der Regierung selbst erstellt werden. Ganz gegen seine sonstige Art forderte Henkel den Primat der Politik. Hinter vorgehaltener Hand geben sich Henkels Mannen noch viel rabiater. Eine Streichliste? Ein BDI-Funktionär schüttelt energisch den Kopf: „Wir bringen doch nicht noch den Strick mit, an dem wir aufgehängt werden sollen.“

Von seinem Schreibtisch im schwäbischen Uhingen mahnte auch Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt: „Wir dürfen der Regierung nicht auf den Leim gehen.“ Schließlich seien Unternehmen schon jetzt in Vorleistung gegangen – durch rund 30

die Subventionitis“, sagt er. Konkreter will er nicht werden.

Die Reformbereitschaft der Unternehmen sei ähnlich schwach ausgeprägt wie bei anderen Gesellschaftsgruppen, glaubt Oswald Metzger, wirtschaftsliberaler Vordenker der Grünen: „Immer wenn es denen an den Kragen geht, kontern die nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß.“

Ein wirklicher Schritt bei den Subventionen, fürchtet auch Alfred Boss, Experte

## RENTEN

Der Minister will die Altersarmut bekämpfen, sagt er. Um die Renten „armutsfest“ zu machen, schlägt er die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung vor. Bezieher von Niedrigrenten wären dann nicht auf zusätzliche Sozialhilfe angewiesen. Die Höhe ihrer Bezüge würde sich allerdings nicht verändern.

des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, werde sich mit Müllers Appell nicht bewerkstelligen lassen. „Da wird eine Scheindebatte geführt“, amüsiert sich der Ökonom. Daß die Unternehmen auf 25 Milliarden Mark verzichten wollen, hält Boss für unmöglich: „Da kommen bestenfalls drei bis vier Milliarden Mark zusammen.“

Nicht minder umstritten in der Regierungskoalition ist Müllers zweiter Vorstoß, auch wenn er sich dabei der gedanklichen Hinterlassenschaft des abgetretenen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine bediente. Schon der hatte im Oktober vorgeschlagen, Sozialleistungen des Staates künftig mehr auf die Bedürftigen zu konzentrieren. Auch Lafontaine hatte vor einem halben Jahr beispielhaft das Arbeitslosengeld genannt – doch geschehen ist seither wenig: Kein einziges Mal wurde über dieses sensible Thema im Kabinett diskutiert.

Das war auch besser so. Denn Vorgänger wie Interims-Nachfolger haben ihren gutgemeinten Vorschlag ohnehin nicht zu Ende gedacht. Arbeitslosengeld ist keine Sozialleistung von staatlichen Gnaden.

Der Versicherte hat vielmehr ein Anrecht auf Leistungen, die er durch Einzahlung in eine Versicherung erworben hat. Die Arbeitslosenversicherung, die seit 1927 das Risiko des Arbeitnehmers gegen den Jobverlust absichert, ist zwar ein staatliches Monopol, doch dafür gilt grundsätz-

lich das Versicherungsprinzip wie für jede private Assekuranz.

Auch eine Autohaftpflicht darf einem Millionär die Leistung nach einem Totalschaden nicht schuldig bleiben, nur weil er genügend Bares für die Neuanschaffung übrig hat. Müllers Vorschlag, das wissen in Bonn viele, ist nicht verfassungsgemäß.

Für den Wirtschaftsminister sind solche Einwände nicht entscheidend. Daß bei seinen Vorstößen kurzfristig viel herumkommt, das glaubt er selbst nicht. Um etwa den Sozialstaat effizienter zu gestalten, stöhnt Müller im kleinen Kreis, seien „so dicke Bretter zu bohren“ – und anschaulich breitet er die Arme aus.

Den Ex-Manager treibt derzeit vor allem ein pädagogisches Anliegen. Bürgern, Unternehmern, aber auch den Akteuren in Bonn will der Übergangs-Finanzminister zunächst einmal klarmachen, daß der Staat so gut wie pleite ist, um anschließend die nötigen Reformen voranzubringen.

Nur dumm, daß ausgerechnet Müllers Regierungskollegen das am allerwenigsten begreifen wollen. Wie läßt sich sonst die Idee verstehen, die Walter Riester mal wieder zum besten gab?

In der alten Manier der Sozialpolitiker hat Riester sich die Lösung für ein Problem ausgedacht, das es nach Einschätzung von Experten überhaupt nicht gibt. Der Arbeitsminister plant, die Altersarmut zu bekämpfen. Die aber, so die einhellige Auffassung aller Fachleute, habe schon das umlagefinanzierte Rentensystem, ergänzt durch die Sozialhilfe, erfolgreich eingedämmt.

Getreu dem Motto „Knapp sind die Mittel, unendlich der Bedarf“ will Riester trotzdem neue Wohltaten unters Volk streuen. Minirenten sollen mit Steuermitteln auf eine „bedarfsorientierte Grundsicherung“ angehoben werden.

Ganz billig wird das Vorhaben nicht. Knapp zwei Milliarden Mark müßte der Bundeshaushalt der klammen Rentenversicherung zuschießen, erwartet Riester. Seine Kritiker rechnen mit der doppelten, wenn nicht dreifachen Höhe.

Der Arbeitsminister gibt zwar zu, daß sein Anliegen in der aktuellen Diskussion um die Rente nur ein „Randproblem“ sei, aber in der Zukunft werde die Lage bedrohlich. Durch die hohe Dauerarbeitslosigkeit, vor allem in den neuen Ländern, hätten immer mehr Menschen später keinen Anspruch auf eine ausreichende Altersversorgung.

Ganz spurlos sind die Kampfeinsätze der vergangenen Tage an Riester offenbar nicht vorbeigegangen. Um der Dramatik seines Anliegens angemessenen Ausdruck zu verleihen, griff der Verteidiger des Sozialstaats zum Kriegsberichtsargon: Derzeit sei die Lage an der Rentenfront noch ruhig, sie könne aber schon bald „granatenmäßig kippen“.

CHRISTIAN REIERMANN, ULRICH SCHÄFER

## Bonner Gedankenspiele

Reformvorschläge der beiden Kabinettsmitglieder



Sozialminister Walter Riester

Milliarden Mehrbelastung bei der Steuerreform: „Das Ding ist gefrühstückt. Erst mal ist die Regierung am Zuge.“

Versöhnlicher gibt sich nur Handwerkspräsident Dieter Phillip. „Einem solchen Aufruf kann man sich nicht verschließen“, sagt er. Der Mann hat leicht reden und noch leichter streichen: Das Handwerk bekommt nahezu keine Subventionen.

Entgegenkommen signalisierte letztlich nur DIHT-Vormann Hans Peter Stihl. „Der DIHT war schließlich schon immer gegen